

Bezugspreis:
Vierteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M.
Trotz ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezugs: monatlich 10.— M., einjährig 100.— M.
Einzelhefte 2.— M.
Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Pommerngebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Lettland 20.— M.
Für das übrige Ausland 27.— M.
Postbestellungen nehmen an Oesterreich,
Litauen, Lettland, Estland, Dänemark,
Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der 'Vorwärts' mit der Sonntag-
beilage 'Woll und Zeit', der Unter-
haltungsbeilage 'Heimwelt' und der
Beilage 'Gedlung und Kleingarten'
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
ntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Montag, den 23. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:
Die achteckige Anzeigen-
tafel 550 M.
'Kleine Anzeigen'
das letzte Blatt 1,50 M.
(gewöhnlich zwei letzte Blätter).
Jedes weitere Blatt 1.— M.
Stellenangebote
und Schloßstellenanzeigen das erste
Blatt 1.— M., jedes weitere Blatt
50 Pf.
Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Blätter.
Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Pf.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Erweiterungsschloß.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden.
Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Deutsch-französischer Notenwechsel.

Der französische Botschafter hat am 19. Mai nachstehende Note dem deutschen Reichskanzler überreicht:

Eure Excellenz haben mir gestern von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die das Reichswehrministerium getroffen hat, um die Bildung von Freikorps zu verhindern, und die das Reichsverkehrsministerium verfügt hat, um jegliche Beförderung von Freiwilligen und Waffen nach Oberschlesien zu untersagen.

Nach den mir zugegangenen Informationen sind diese Maßnahmen zu spät getroffen worden, um das Eindringen bedeutender bewaffneter Kontingente von außerhalb nach Oberschlesien zu verhindern. Die in der Gegend von Kreuzburg unter dem Befehl von Arnim vereinigten Freikorps sollen mehr als 8000 Mann zählen. Gleichfalls wird die Anwesenheit der Freikorps von Aulok bei Oppeln und Schmidt bei Krappitz gemeldet. Die Gruppe Raitbor, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen.

Die erste Maßnahme, die diese Lage gebietet, ist die strenge Abschließung der Grenze zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abstimmungsgebiet durch die deutschen Behörden. Die polnische Regierung hat bereits einer derartigen an sie gerichteten Aufforderung entsprochen.

In zweiter Linie wäre ich Eurem Excellenz dankbar, wenn Sie die zuständigen Behörden anweisen wollten, der Interalliierten Kommission die Aufgabe der Lebensmittellieferung zu erleichtern.

Schließlich muß ich erneut darauf bestehen, daß die Reichsbank aufgefordert wird, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu entsenden. Nach den Angaben, welche die Legationsräte Richard Meyer und v. Rolke gestern abend dieser Botschaft gemacht haben, soll diese Sendung an die zweiseitige Bedingung geknüpft sein, daß die Kommission die pekuniäre Verantwortung für die Bewerbstellung ihrerseits übernimmt, und daß die Zahlungen auf gewisse Weise beschränkt werden, die nach Ansicht der deutschen Vertreter der Kontrolle der Insurgenten entzogen sind. Dieser Anspruch ist mit dem Buchstaben und Geist des Vertrages unvereinbar, wonach die Regierungskommission als Vertreterin der alliierten Mächte die ausschließliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung trägt. Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung gehalten, sich auf die Kommission zu verlassen, die Beförderung und die Verteilung der Fonds nach ihrem Ermessen sicherzustellen. Würden die verfallenen Löhne weiterhin zurückgehalten werden, so würde sie sich schwerlich dem Vorwurf entziehen können, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich zu machen und die Anarchie zu verlängern, welche die Kommission zu unterdrücken bemüht ist. Indem ich im Auftrage meiner Regierung die Aufmerksamkeit Eurem Excellenz auf diese verschiedenen Punkte lenke, zweifle ich nicht, daß Sie diese in dem verständlichen Geiste prüfen werden, von dem Ihre Politik getragen ist und mit dem Wunsche, dazu beizutragen, daß ein Herd von Unruhen ausgelöscht wird, der für den allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

Hierauf ist dem französischen Botschafter heute folgende Antwortnote zugestellt worden:

Herr Botschafter!
Eure Excellenz haben mir mit der Note Nr. 143 vom 19. d. M. die Auffassung der französischen Regierung über gewisse Oberschlesien berührende Fragen übermittelt.

Ich benutze gern jede Gelegenheit, um durch Erörterung mit den in Berlin beglaubigten Vertretern der beteiligten Regierungen die Möglichkeiten zu erschöpfen, den Brandherd in Oberschlesien zu beseitigen, dessen Fortbestehen, wie Eure Excellenz mit Recht ausführen, den allgemeinen Frieden aufs schwerste gefährden muß.

Eure Excellenz haben aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ersehen, daß diese die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und den Uebertritt vom nicht besetzten deutschen in das besetzte Gebiet nicht duldet.

Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, den die an Leib, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Insurgenten von sich aus zu leisten genötigt war. Auf diesen aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwaltung der Interalliierten Kommission untersteht, hat die deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Die deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen bekannten Anordnungen hinaus aber Anweisungen erteilt, daß die zur Ueberwachung der Grenzlinie des besetzten Gebietes auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane wesentlich verstärkt werden.

Eure Excellenz erwähnen, die polnische Regierung habe der Aufforderung zur Sperrung der Grenze entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre festzustellen, daß eine Verfügung der polnischen Regierung vielleicht ergangen sein mag, daß die Grenze aber tatsächlich völlig offen steht und tagtäglich der Uebertritt von polnischen Soldaten sowie der Nachschub von Munition und Materialen jederzeit für die Insurgenten erfolgt.

Dr. Rosen Außenminister.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten im Haag Dr. Rosen zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt und den Reichskanzler von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden.

Dr. Rosen entstammt der Konsulatslaufbahn. Er steht seit 1889 im Dienst des Auswärtigen Amtes und war Vertreter des Deutschen Reiches in Beirut, Teheran und Jerusalem. Seit 1901 vortragender Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, wurde er 1905 mit einer Sondermission nach Abessinien betraut. Nach seiner Rückkehr wurde er Gesandter in Tanger, auf der Konferenz in Algier vertrat er die Interessen des Deutschen Reiches in der marokkanischen Frage. 1910 wurde er Gesandter in Bukarest, 1912 ging er in gleicher Eigenschaft nach Lissabon, wo er bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen im März 1916 verblieb. Seitdem wirkte er als deutscher Gesandter im Haag. Er gilt als ein Vertreter der modernen, demokratischen Richtung in der deutschen Diplomatie.

Aus der Menge des hierüber vorliegenden Materials erwähne ich nur einen Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignet hat:

In dem noch im Nachtbereich der Interalliierten Kommission befindlichen Kreis Kreuzburg haben in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den Ort Kosta angriffen. Auch hier mußte der anwesende örtliche Selbstschutz eingreifen, um das Leben friedlicher ober-schlesischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte nur unter blutigen Verlusten abgeschlagen werden, nachdem die eingedrungenen Polen im Dorfe Kosta ein Gehöft in Brand gesetzt hatten.

In Uebereinstimmung mit Eurem Excellenz stelle ich mit Befriedigung fest, daß die Interalliierte Kommission für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien allein verantwortlich ist. Die Anarchie, von der in der Note die Rede ist und die seit drei Wochen in Oberschlesien herrscht, steht allerdings zurzeit in schärfstem Widerspruch zu den Verhältnissen, unter denen der Präsident der Interalliierten Kommission die Verwaltung des blühenden Landes im Februar vorigen Jahres übernommen hat.

Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit. Denn es handelt sich gar nicht um einen Zustand wirtschaftlicher, sondern einzig und allein um einen solchen politischen Charakters. Der polnische Zustand bezweckt, unter Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages und unter Verhöhnung jeden moralischen Rechtsempfindens die Vergewaltigung des ober-schlesischen Volkes. Die Leiden, welche die unglücklichen Bewohner von den mit grausamstem Raffinement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich. Aus der großen Anzahl von unerhörten Vorfällen sei hier nur an die vor wenigen Tagen durch die Polen erfolgte Mißhandlung der beiden Ingenieure Winkler und Tebbe in Friedenshütte erinnert, die in der Turnhalle über ein Pferd gelegt und mit Peitschenhieben bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, dann wiederholt durch Erschütterungen zum Bewußtsein gebracht und daraufhin weitergeschlagen worden sind, so daß sie jetzt hoffnungslos darniederliegen.

Die deutsche Regierung ist ständig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die unbeschreibliche Qual der ober-schlesischen Bevölkerung zu lindern. Sie ist in Uebereinstimmung mit Eurem Excellenz grundsätzlich bereit und gewillt, in jeder praktischen Weise auch durch Lebensmittel und Geldsendungen die Lage zu erleichtern. Es besteht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht aller Beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien die objektive Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Geld oder Lebensmittel tatsächlich in die Hände der wirklich Empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Insurgenten unterliegen. Der Präsident der Interalliierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Nachtbefugnisse mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen.

Auch die von ihm ausgestellten Bescheinigungen haben bei den polnischen Insurgenten, die teilweise beginnen, sich in unabhängige wilde Banden aufzulösen, keinerlei Geltung mehr. Dies zeigte sich deutlich zum Beispiel bei der Reise der vom General Le Rond nach Oppeln gebetenen Deputation der Arbeitervertreter aus Kattowitz. Trotz der Bemühungen des französischen Kreisinspektors Majors Salerou wurde ihr die Uebreise von den Polen zunächst überhaupt nicht gestattet. Die daraufhin von Major Salerou vom polnischen Hauptquartier persönlich erbetenen schriftlichen Ausweise wurden auf der Fahrt von dem polnischen Posten ebenfalls nicht anerkannt, so daß die Deputation wieder umkehren mußte. Auch der schließlich von dem polnischen Kreisbeirat Gornicki in Kattowitz in polnischer Sprache unterschriebene Ausweis genügte nur bis zu den ersten Postenketten von Mikulsküh. Von dort mußte sich die Deputation durch Verhandlungen von Ost zu Ost in polnischer Begleitung bis kurz vor Oppeln durchsetzen.

Ein weiteres Beispiel für die völlige Ohnmacht der Interalliierten Kommission und ihrer Organe ist das am 14. d. M. durch die polnischen Insurgenten erfolgte Anhalten des Kattowitzer Transportzuges von etwa 700 Flüchtlingen, obgleich diesem freies Geleit seitens des polnischen Befehlshabers schriftlich zugesagt war, und obgleich der Zug unter militärischer Bedeckung von drei alliierten Offizieren und 50 französischen Soldaten fuhr. Bis auf die Frauen, Kinder und älteren Männer wurden alle Flüchtlinge verschleppt und 4 Personen unterwegs im Walde bei Tarnowitz nach vorheriger schwerster Mißhandlung ohne irgendeine Veranlassung erschossen, darunter der 14jährige Gymnasiast Haase aus Kattowitz.

Den Ausführungen dieser Note werden Eure Excellenz entnehmen, daß die deutsche Regierung alles zur Beförderung der Lage in Oberschlesien zu tun bereit ist, soweit die tatsächlichen Verhältnisse es nicht unmöglich machen.

Die deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der Interalliierten Kommission gelingen wird, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wieder herzustellen und die Bevölkerung von dem Joche der polnischen Insurgenten zu befreien.

Das Verbot der Freiwilligenwerbung.

Das Auswärtige Amt hat auf die Note der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 14. Mai über die Rekrutierung für Oberschlesien folgende Antwort erteilt:

Die Deutsche Regierung teilt vollkommen die in Ihrer Note vom 14. Mai ausgesprochene Auffassung, daß die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien und die Bildung von 'Freikorps' oder ähnlichen Formationen aus solchen unzulässig ist. Sie hat deshalb bereits am 19. Mai den in Abschrift beigefügten Aufruf erlassen, in dem sie derartigen Bestrebungen ganz entschieden entgegengetreten ist. Schon vorher hatte der Reichsminister die zuständigen militärischen Stellen nachdrücklich angewiesen, daß die Bildung etwaiger Freiwilligenformationen mit allen Mitteln zu hindern sei, um das Wiederaufleben des Freikorpswesens im Keime zu unterdrücken. Den in diesen Kundgebungen ausgesprochenen Grundätzen entsprechend, werden die deutschen Behörden mit größter Strenge gegen solche Anwerbungen und Zusammenziehungen vorgehen. Die Handhabe dazu bieten einmal die §§ 127, 110 des deutschen Strafgesetzbuches, wonach die unbefugte Bildung bewaffneter Haufen und der Anschluß an solche sowie die öffentliche Aufforderung zu geschwindigen Handlungen mit Gefängnis bedroht ist, ferner das Gesetz vom 22. März 1921, das die Auflösung der Vereinigungen gestattet, die mit den Vorschriften der Artikel 177, 178 des Vertrages von Versailles im Widerspruch stehen.

Die Polizei und die Gerichtsbehörden sind angewiesen, von den angezogenen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs unmissverständlich Gebrauch zu machen, und zwar namentlich auch gegen Zeitungen, in denen Werberinserate erscheinen. In Fällen, in denen sich unzulässigerweise angeworbene Freiwillige bereits zu Freikorps zusammengeschlossen haben sollten, wird deren Auflösung durch die Landesregierung erfolgen. Um den Zugang von Freiwilligen zu solchen Zwecken nach Oberschlesien zu verhindern, sind Maßnahmen im Gange, durch die die Grenze des Abstimmungsgebietes für sie gesperrt werden soll.

Französische Note an England.

Paris, 23. Mai. (WTB.) Nach einer Haasmeldung hat der französische Botschafter in London gestern abend im Auswärtigen Amt eine Note über Oberschlesien überreicht, in der kurz darauf hingewiesen wird, daß die Lage in Oberschlesien sich verschlechtern könne angesichts der Haltung der deutschen Korps, die fortgesetzt Verstärkungen erhielten, und angesichts der Stimmung der Arbeiter, die in Bolschewismus umschlagen könne, und auch im Hinblick auf die Schwierigkeiten einer Intervention bei dem ausführenden Ausschuss der Polenbewegung und den Deutschen. Die Note schlägt deshalb vor, der englische Botschafter in Berlin Lord d'Albion möge einen Schritt des französischen Botschafters unterstützen, um im Interesse der Alliierten bei der deutschen Regierung vorstellig zu werden, damit sie die angeforderten Maßnahmen ausführe.

Paris, 23. Mai. (WTB.) Einer Haasmeldung aus London zufolge hat der französische Botschafter am Sonnabend im Auswärtigen Amt nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein engeres Zusammenarbeiten der Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oppeln herbeizuführen zwecks Wiederherstellung der Ordnung, die durch einen gemeinsamen Schritt bei den Aufzählern wesentlich erleichtert werden könnte. Bekanntlich hat, heißt es in der Haasmeldung weiter, der britische Vertreter bei der Kommission, Oberst Percival, bisher keinerlei Unterhandlungen mit den Aufzählern begonnen wollen, weil er der Auffassung ist, daß ein solcher Schritt schließlich zu einer Anerkennung ihrer Autorität führen würde.



## Scharfe Kritik.

London, 23. Mai. (W.Z.) „Daily Express“ meldet aus Paris, wie in gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet, übte die letzte britische Note an Frankreich betreffend Oberschlesien scharfe Kritik an der französischen Politik in Oberschlesien, besonders wegen der mangelnden Energie der französischen Truppen. Die Note weist auch auf den Unterschied zwischen den italienischen und den französischen Verlusten hin.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ schreibt, wenn die Bedingung Briands erfüllt werde, daß eine Untersuchung durch Sachverständige den Verhandlungen des Obersten Rates vorausgehen sollen, so werde die Zusammenkunft des Obersten Rates niemals stattfinden. Die nächsten 14 Tage würden entscheidend sein. Jetzt, wo Lloyd George den Fuß niedergesetzt habe, müsse er nicht bleiben, wenn er nicht haben wolle, daß er und England in den Angelegenheiten der Welt Kullan seien. Lloyd George habe niemals die britische öffentliche Meinung geschloffen hinter sich gehabt als in der oberschlesischen Frage. Wenn Paris und Warschau keine Achtung vor der britischen Ansicht und Ueberzeugung zeigten, so werde die Entente ein toter Buchstabe sein. „Observer“ findet die Behauptung absurd, daß Lloyd George, als er von neuen und alten Freundschaften sprach, an eine deutsch-englische Allianz dachte.

## Polnischer Truppennachschub.

Oppeln, 23. Mai. (W.Z.) Nach im Laufe des gestrigen Tages war es unmöglich, mit den bedrohten Städten des oberschlesischen Industriegebietes irgendwelche Verbindung zu erhalten, da nach wie vor alle Drahtleitungen gestört sind. Aus den Kreisen Kreuzburg und Rosenberg wird übereinstimmend von starken Truppenansammlungen jenseits der Grenze berichtet. Polnische Verstärkungen haben bereits die Grenze überschritten. Auch Waffennachschübe sind erfolgt. Im Zusammenhang damit ist es heute zu schweren Kämpfen in der Gegend von Rosenberg gekommen. Nach den bisherigen Meldungen mußten die kuffländischen Generäle Albrechtsoff, Mironosenberg und Lowojaw räumen. Doch liegen über den endgültigen Ausgang dieser zweifelslos schweren Zusammenstöße abschließende Meldungen noch nicht vor. Bei Gogolin im Kreise Groß-Strehlitz blieb ein Angriff der Insurgenten erfolglos. In der Nähe von Gogolin wurden grauhaft zugerichtete Leichen deutscher Apo-Beamten aufgefunden. In den übrigen Kreisen ist die Lage im wesentlichen unverändert.

### Von der Welt abgesperrt.

Das Reichspostministerium teilt mit: Der telegraphische Verkehr des Berliner Haupttelegraphenamtes mit Oberschlesien beschränkt sich auf die Verbindung mit Oppeln-Stadt, nachdem das Telegraphenamt in Breslau gestern abend nach Berlin mitgeteilt hat, daß es, von dieser Verbindung abgesehen, vollständig von Oberschlesien abgeschnitten sei und solche Telegramme von Berlin nicht mehr abnehmen könne. Das Berliner Haupttelegraphenamt ist auch ohne Verbindung mit Budapest, Brunn und Krakau, weil seine dorthin führenden Leitungen in Oberschlesien gestört sind.

### Der deutsche Selbstschutz.

Breslau, 23. Mai. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Deutsche Selbstschutz in Oberschlesien, der zunächst unorganisiert in einzelnen Gruppen vorging, wie er in den verschiedenen Kreisen von den interalliierten Behörden zugelassen war, hat sich allmählich einheitlich organisiert und nunmehr auch einen Führer gewählt. Es ist das der aus Oberschlesien stammende Generalmajor Höfer.

## Internationale Gewerkschaftskommission für Oberschlesien.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sonnabend-Sitzung auch zu dem polnischen Kuffland in Oberschlesien und zu den vorgekommenen feindseligen Handlungen zwischen polnischen und deutschen Arbeitern Stellung genommen. Ein Vertreter der Zentralkommission der polnischen Gewerkschaftsverbände in Warschau

nahm an der Sitzung teil. Das Ergebnis der Beratung war, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine aus Jouhaux-Paris, Williams-Vondon und Timmen-Amsterdam bestehende Untersuchungskommission baldigst nach Oberschlesien entsendet, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern die nötigen Feststellungen für eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

## Orgesch auf Durchreise.

Vom Hauptbetriebsrat des E.-O.-D. Dresden wird uns mitgeteilt:

Wie schon am 19. Mai, passierte am heutigen Tage wieder mit dem Schnellzuge 7.15 Uhr ein Transport von 100 Mann nachgewiesenerweise angeworbene Orgeschleute den Bahnhof Dresden-N. Bei dem Transport befanden sich 17 Kisten Handgranaten, welche aber durch obere Eisenbahnbeamte, trotzdem sie von den Betriebsräten auf den unvorschriftsmäßigen Transport aufmerksam gemacht worden waren, doch weitergeleitet wurden in Richtung Breslau. Ein von den Hauptbetriebsräten verständigter Beamter der Generaldirektion erklärte, telegraphisch die Anhaltung des Zuges in Baugen angeordnet zu haben. Dieser war zwar darüber nicht zuständig, da aber — wie am anderen Tage — keiner der Präsidenten zu erlangen war, wandte sich der Betriebsrat an den betreffenden Beamten. Trotzdem ist dieser Zug ohne Untersuchung durch Baugen durchgeleitet worden. Beim Passieren des Bahnhofes Dresden-N. wurde ein am Gepäckwagen postierter Orgeschmann festgestellt, der vom Transportleiter beauftragt war, darüber zu wachen, daß die beim Postmeister befindliche Munition nicht entladen würde. Da der Zug sich schon in schnellem Tempo befand, hielt der Betriebsrat Dresden-N. den betr. Orgeschmann zurück. Nebenbei gefragt, was er der schnellen Fahrt des Zuges zu verdanken, daß der betreffende Betriebsrat nicht ebenso wie der Hauptbetriebsrat in Dresden von den Insassen mit einer Tracht Prügel bedacht wurde. Die vorgenommene Vernehmung des Zurückgehaltenen durch Angestellte der sächsischen Landespolizei im Beisein der Betriebsräte und Parlamentsvertreter hat folgendes ergeben:

Durch Aufrufe in den bayerischen Zeitungen werden ehemalige Angehörige von reaktionären Formationen aufgefordert, sich bei der Werbestelle des Vereins heimattreuer Oberschlesier zu melden.

Die Leitung dieser Meldestelle liegt in den Händen eines Oberleutnants. Bei Meldung wird den Leuten ein Schein folgenden Inhalts ausgehändigt:

Ausweis:  
Der ..... ist gebürtiger Oberschlesier und zur freien Fahrt nach seiner Heimat berechtigt.

Verein heimattreuer Oberschlesier  
Ortsgruppe München.

Es wird den Angeworbenen in vorläufiger Form zu verstehen gegeben, daß Nichtmeldung oder Entfernung von der Truppe kriegsgerichtlich bestraft wird und sie gegen Polen kämpfen sollen. Als Entlohnung wird ihnen pro Tag 70 M. zugesichert, sie sollen in der Gegend von Breslau eingeleitet werden. Der Abtransport von München geschieht, indem die Angeworbenen Züge in größeren Abständen und verschiedene Bahnsteigperronen benutzend, mit dem angegebenen Ausweis passieren. Zu verpflegen haben sie sich selbst auf fünf Tage. Waffen erhalten sie bei der Abfahrt nicht, doch werden solche wie auch Munition außerhalb Münchens liegenden Stationen zugeladen. Während der Fahrt ist den Angeworbenen vom Transportführer bekanntgegeben worden, daß die Entlohnung bloß 40—50 M. beträgt, und daß sie verpflichtet sind, gegenüber außenstehenden Personen sich über Zweck und Ziel der Reise nicht zu äußern. In Dresden haben sich noch Studenten zu dem Transport hinzugesellt. So weit die Auslosung des zurückgebliebenen Orgeschmannes.

Weiter ist bekannt geworden, daß ehemalige Studenten der Erhardt-Gruppe seit kurzem von Dresden verschwunden sind in Richtung München. Ein weiterer Transport wurde in Dresden heute abend 7.35 Uhr erwartet.

Hauptbetriebsamt bei der E.-O.-D. Dresden: Stein.

Die Weiterfahrt der bayerischen Orgeschmannen hat sich dann auf folgende Weise vollzogen: von Dresden-Neustadt schickten sie ein Triumphtelegramm nach Hause, in dem sie ihren „ersten Sieg über den Betriebsrat“ meldeten. Die „Deutsche Zeitung“ druckt dieses Telegramm triumphierend ab.

In Rastlau stürmten sie unter Führung des Beamten Bernhard nach Weidung der Brauerei „Vollwacht“ das Rathaus und verschafften sich mit Gewalt Waffen. Vor der anrückenden Schutzpolizei gingen sie zurück.

In Reife verübte das bayerische Korps „Oberland“ Exzesse gegen das Sozialdemokratische Parteisekretariat und bedrohte die Gewerkschaftsfunktionäre mit Erschießen. Auch hier mußte Schutzpolizei die Ordnung wieder herstellen.

Wird die Regierung noch weiter die bewaffneten Banden dulden, denen es weit mehr auf den Kampf gegen unbewaffnete sozialistische Volksgenossen ankommt, als auf den Kampf gegen die bewaffneten Polen?

## Reaktionäre Richter.

Der Vierte deutsche Richtertag, die Tagung des „Deutschen Richterbundes“, fand am Sonntag in Leipzig statt. In den Ausreden und Beschlüssen kam allenthalben der reaktionäre Geist zum Ausdruck, von dem unser Berufsrichteramt mit wenigen Ausnahmen durchdrungen ist. Ramentlich gegen die Polen in die Rechtsplege und gegen die Zulassung der Frau zum Richteramt wurde das Schlagwort erheben. So polemisierte der Rektor der Universität Leipzig, Professor Schmidt, gegen das Eindringen der Polen in das Richteramt und gegen die Sondergerichte, womit aber nicht etwa die jetzigen Sondergerichte zur Aburteilung der Kommunisten gemeint waren, sondern Kaufmannsgerichte, Gewerbegerichte und die neu zu schaffenden Arbeitsgerichte, die Professor Schmidt als lästige Konkurrenz empfindet. Der Vorsitzende, Oberstaatsanwalt Borch, empfand sich darüber, daß der deutsche Richter zu eng an das Gesetz gebunden sei, ihm geht augenscheinlich die Willkür der Massenjustiz noch nicht weit genug.

Der erste Punkt der Tagesordnung galt der Schaffung der Arbeitsgerichte. Der Referent, Reichsgerichtsrat Bower, polemisierte scharf gegen die Richtung, die dafür eintritt, daß die Arbeitsgerichte den allgemeinen Arbeitssachen unterstellt werden sollen, und verlangte Angliederung der Arbeitsgerichte als ordentliche Gerichte an die Amtsgerichte. Landgerichtspräsident Neuenfeld präsidierte das soziale Verständnis der Richter, die viel besser zur Arbeiterrechtsprechung geeignet seien als irgend jemand anderes. (Eigenlob —!) Schließlich wird einstimmig folgender Antrag angenommen:

„Es sind Arbeitsgerichte mit einem besonderen, eine schnelle und ständige Rechtsprechung gewährleistendem Verfahren unter paritätischer Beteiligung des Laienelementes zu bilden. Diese Gerichte müssen den ordentlichen Gerichten angegliedert werden. Es ist für das Gebiet des Arbeiterrechtes, und zwar für einzelne, wie für Kollektivstreitigkeiten eine einheitliche Rechtsprechung unter Eröffnung des Rechtsweges bis an das Reichsgericht zu schaffen.“

In der Frage der Zulassung der Frau zum Richteramt verhalten sich vereinzelte Stimmen, die für Zulassung der Frauen zum Richteramt eintraten, gegenüber der kompakten reaktionären Mehrheit. Die üblichen Bedenken über zu große Einwirkung der Geschäftseinflüsse und Körperlich-geistlicher Ermüdungen auf die Frau wurden in den verschiedensten Schattierungen wiederholt. Sehr interessant war, daß Amtsgerichtspräsident Rieß-München die Zulassung der Frau zum Richteramt verwarf wegen zu großer Weichheit und Milde, während gerade jetzt der Richter mit seiner ganzen Person für die Aufrechterhaltung der Ordnung einstehen müsse und niemals Milde im Strafgesetzbuch unangebracht gewesen sei als jetzt. (Beweis: das milde Urteil gegen Eitel-Friedrich, die Hastenentlassung v. Jagomir, die Geldstrafe gegen den nationalen Mordankläger Lebus, — alles Zeichen für die brutale Härte männlicher Richter gegen rechts! Red. d. „Vorw.“)

Es wurde eine Entschloßung gegen wenige Stimmen angenommen, welche droht, daß die Frau als Berufsrichter überhaupt nicht in Frage komme. Ebenso sei sie ungeeignet als Geschworene, als Schöffe, auch in Jugendrechtsachen. In anderen Sachen als Staatsachen beständen auf gewissen Gebieten gegen die Zulassung der Frau als Richterin keine Bedenken. — Zum Glück entscheiden die Berufsrichter in dieser Sache nicht, sondern das Parlament.

## Zellenstaat und Menschenstaat.

Schon oft ist der Zellenstaat der einzelnen Organismen mit dem Menschenstaat verglichen worden; aber während es bisher nur mehr oder weniger bildlich gemeint war, so macht nun der bekannte Naturforscher A. S. Francé mit dieser Nebeneinanderstellung Ernst und leitet aus ihr wichtige Gesetze ab. Der Gelehrte hat seine neue Theorie, die er in großen wissenschaftlichen Werken ausbaut, in einem anschaulich geschriebenen Buch „Der Weg der Kultur“ zusammengestellt, das er in der Reihe der „Zellenbücher“ bei Dürr u. Weber in Leipzig veröffentlicht hat. Er geht davon aus, daß jede Zellengemeinschaft, so z. B. eine Pflanze, tatsächlich eine Vielheit von lebenden Wesen ist, also das erste wesentliche Merkmal besitzt, um mit den menschlichen Gemeinschaften verglichen zu werden. Die Zellengemeinschaft ist also das älteste und unsterbliche Staatswesen, in dem sich bereits alle die Erscheinungen des Menschenstaats, wie Arbeitsteilung, Gliederung in Unterabteilungen gleicher Interessengemeinschaft, Produktion und Konsumtion verwirklicht finden.

Wenn aber alle wesentlichen Gesetze, nach denen sich allein eine dauerhafte und wahre Kultur bilden kann, bereits im Zellenstaat enthalten sind, dann müssen die Organismen aller Art, die über diese Gesetze Aufschluß geben können, Gegenstand einer kulturhistorischen Forschung sein. Die Organismen, die ja seit Jahrmillionen bestehen und unvergleichlich älter sind als unsere Staats- und Kulturformen, haben bereits durch ständige Auslese und Ausschleudung des Unvollkommenen eine Vervollkommenung erreicht, durch die die besten Bedingungen gewährleistet werden. Im organischen Leben werden nämlich alle Verstoffe gegen eine wirklich brauchbare Organisation mit dem Tode bestraft und nur die geeignetsten wirklich lebensfähigen Organismen bleiben übrig.

Diese Gesetze des Organischen, die auch auf die menschliche Kultur angewandt werden sollen, sind nach Francés Darstellung „das Einfachste und zugleich das Bewundernswürdigste, was das Lebensgesetz nur ausmachen kann“. Besten Endes aber lassen sie alle in einer einzigen Tatsache zusammen, in der der Bedürfnisbefriedigung. Alle Lebewesen müssen arbeiten, müssen irgendein Gewerbe betreiben, um leben zu können.

Die ganze Technik, die unsere menschliche Kultur beherrscht, ist bereits bei Pflanze und Tier vorgebildet, und ebenso verhält es sich mit den großen sozialen Gesetzen. Man findet auch im einfachsten organischen Leben zeitweilige oder dauernde Arbeitseinstellungen, Erkrankungen und Forderungen des Gemeinschaftslebens, Absonderung einzelner Gruppen, Forderung der Arbeitsdisziplin; andererseits eine reich ausgebildete Elternfürsorge, Hygiene, Vorbeugung gegen Uebersättigung usw., kurz, all die Dinge, die der Menschenstaat durchführt, Gesetzgebung und Politik, Staatskunst und Erziehungswesen. „Das menschliche Naturleben“, so schließt Francé, „hat unter zahllosen Krisen genau die gleichen Gesetze von Organisation, Fürsorge, Erfindungen, Wissen und Techniken verwirklicht wie die übrigen Lebewesen. Der Weg der Kultur war kein anderer als der der Natur.“

Ein Naturschutzgesetz für das Ruhrgebiet. In einer großen Industriegegend wie dem Ruhrgebiet ist es besonders schwierig, die dort so wichtigen Baumbestände und Grünflächen vor Vernichtung zu bewahren. Es ist deshalb, wie in dem „Heimblätter“ der roten Erde“ mitgeteilt wird, ein Gesetz in Vorbereitung, das einen erhöhten Schutz der Baumbestände und Grünflächen im Ruhrgebiet gewährleistet. Das Gesetz wird die Verfügungsfreiheit der Eigentümer einschränken, aber zugleich auch ihre berechtigten Interessen dadurch schützen, daß der leider so vielgeübte Forst- und Baumfresser mit strengen Strafen belegt wird. Sind doch in der Umgegend mancher Zechen und Siedlungen die auf den Karten noch vorhandenen Baumbestände bis auf einen geringen Prozentsatz vernichtet. Der Naturschutzverband, der sich bereits bisher erfolgreich des Naturschutzes angenommen hat, will im Ruhrgebiet großzügige Maßnahmen zur Belehrung und Ausflärung der Bevölkerung, hauptsächlich der Jugendlichen durchführen und hofft die Mitwirkung der Schulen und Gewerkschaften dafür zu gewinnen. Von Düsseldorf-Köln werden allgemein verständliche Plakate entworfen, die die Bevölkerung auf die Bedeutung der Wald- und Grünflächen für die Volksgesundheit hinweisen und vor ihrer Zerstörung warnen.

Knud Rasmussen rüstet sich, wie die „Times“ berichten, zu einer neuen Forschungsreise, deren Ziel der zwischen Grönland und dem nördlichen Kanada gelegene arktische Archipel Nordamerikas ist, der zum großen Teil noch so gut wie unerforscht ist. Die Reise gilt aber nicht allein geographischen Zwecken, sondern vor allem der ethnographischen Forschung. Rasmussen will insbesondere die Sprache feststellen, der die Eskimos auf ihrer Wanderung längs der Küsten Alaskas und durch die Beringstraße gefolgt sind. Er will daneben Geräte, Legenden und folkloristisches Material sammeln, das einer vergleichenden Studie über die Völker der Polargebiete zur Grundlage dienen soll. Rasmussen stützt sich bei der Aufgabe, die hier zu lösen ist, auf eine sichere Erfahrung. Er wurde im Jahre 1879 in Grönland geboren und hat eine Erziehung erhalten, die ihm gestattet, in den arktischen Regionen wie ein Eskimo zu leben und zu arbeiten. Als Zwanzigjähriger begann er bereits seine Polarreisen, und im Jahre 1910 gründete er an der äußersten Spitze Grönlands die Station Thule. Rasmussen war, wie erinnerlich, im Jahre 1920 von der norwegischen Regierung damit betraut worden, Roald Amundsen Hilfe zu bringen, eine Aufgabe, die er glänzend gelöst hat.

Amerika und die Einwandererfrage. Die Einwandererfrage macht den Vereinigten Staaten augenblicklich viel Sorge. Die beste Beurteilung dieser Frage ermöglichen die Zahlen, die jetzt viel in der amerikanischen Presse erörtert werden. In den fünf Jahren, die mit dem 30. Juni 1914 endeten, landeten an den Küsten der Vereinigten Staaten 5 179 044 Personen, während 1 356 784 das Land verließen. Der Gewinn durch die Einwanderung betrug also 3 822 260 oder 764 452 jährlich. In den 5 Jahren von 1915 bis 1920 betrug die Zahl der eingewanderten Personen 778 686, während 678 194 das Land verließen. Der Zuwachs durch Einwanderung belief sich also auf nur 100 042 Personen oder 20 008 im Jahre. In dem einen Jahr, das mit dem 30. Juni 1920 endete, wanderten 10 000 Personen mehr aus als hereinkamen. Die abnehmende

Stellung der Amerikaner gegen die Einwanderung, die sich in diesen Jahren ausdrückt, ist hauptsächlich durch die Erfahrungen des Krieges hervorgerufen worden. Es war eine ebenso beschämende wie besorgniserregende Tatsache, daß in einem Land, das von Hochschulen, Schulen und Bildungsanstalten aller Art überfüllt ist, und in dem seit langem der allgemeine Schulzwang herrscht, von 4 Soldaten immer einer weder lesen noch schreiben konnte. Man wird daher vor allem versuchen, diese analphabetischen Elemente fernzuhalten. Auch auf Frauen legt man keinen großen Wert, denn die Vereinigten Staaten besitzen einen Ueberschuß von zwei Millionen Mädchen im heiratungsfähigen Alter. Die Verteilung der fremdbürtigen Bürger in den Vereinigten Staaten verhält sich nach den neuesten Ermittlungen folgendermaßen: 1 683 293 Deutsche, 1 398 999 Russen, 1 139 578 Polen, 1 035 680 Iren. Dann kommt Kazoda mit 809 455 ursprünglich britischer und 307 681 Personen französischer Abstammung. 812 414 fremdbürtige Amerikaner stammen aus England, 624 759 aus Rußland, 574 959 aus Oesterreich, 397 951 aus Ungarn, 363 599 aus Norwegen, 359 285 aus der Tschechoslowakei, 173 063 aus Jugoslawien und 152 792 aus Frankreich, Elsaß-Lothringen eingeschlossen.

Tiere beim Jazz-Konzert. Einen überraschend guten Musikgeschmack zeigten die wilden Tiere des New Yorker Zoologischen Gartens bei einem Versuch, den Professoren der Universität Columbia jüngst anzustellen. Die Gelehrten veranstalteten nämlich, um die Tierpsychologie zu studieren, ein Jazz-Konzert für die Affen, die Eisbären, die Wölfe, Löwen und Tiger des Zoo und beobachteten auf das genaueste die Wirkung, die diese in unsern Langjähen so außerordentlich beliebte Musik auf die Gemüter der Tiere hervorrief. Aber die gefangenen „Kinder der Wildnis“ haben augenscheinlich einen anderen Geschmack als das moderne Publikum. „Die Affen“, so besagt eine Schilderung des „New York Herald“, „singen zwar sofort an „Schimmy“ zu tanzen, aber nicht aus Wohlgefallen über die Klänge des Orchesters, sondern um dadurch ihre Zeit zu bezügelten. Die Löwen, Tiger und Wölfe äußerten durch große Unruhe, Stöhnen und Fauchen ihre Entrüstung über den Jazz. Die Aufregung der Tiere steigerte sich derart, daß das Konzert abgebrochen werden mußte, bevor noch die Hälfte des Programmes zu Ende war.“

Eine sinnvolle Gattenschrift. Der Besitzer eines schönen Gartens, der den wundervollen Blumenfort seiner Anlagen zur Freude der Freunde bereitwillig zugänglich machte, suchte das gefährliche Unpflanzdämon zu verhindern, daß er über der Gartentür in großen Buchstaben eine ebenso zarte wie deutliche Inschrift anbringen ließ, die lautete: „Tausend Augen haben du, aber keine Hand dazu.“

Ein Bildwert für den Hebräerling. In den Anlagen an dem Hebräerling in Treuen-Burg, ist eine Bronzegruppe, die beiden Panzermännern des Bildhauers Eberhard Ende, aufgestellt worden.

Der Keramikler August Gerborth, früher Hochlehrer an der Kunstgewerbeschule in Stralsund i. G. hat von der brasilianischen Regierung einen Auftrag zur Begründung einer keramischen Industrie in Brasilien erhalten. Gerborth nahm an und bedient im Laufe dieses Sommers nach Rio de Janeiro über.



# Der Pommerische Landbund als Terrorist.

Uns wird geschrieben: Mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verucht der Pommerische Landbund die Landarbeiter von ihrer Organisation, dem Deutschen Landarbeiterverein, fernzuhalten. Zahlreiche Kündigungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation sind deshalb in den pommerischen Landkreisen an der Tagesordnung.

Der Einfluß des Pommerischen Landbundes macht sich in neuester Zeit auch in den einzelnen Kreisen des Regierungsbezirks Schneidemühl bemerkbar. Hauptstütze sind es die Kreise Schlochau und Deutsch-Krone, wo die Arbeitgeber Massen-Kündigungen vorgenommen haben. So sind allein im Kreise Deutsch-Krone 200 Kündigungen von Seiten des Deutschen Landarbeitervereins festgestellt worden. In vielen Fällen war es möglich, diese gekündigten Landarbeiter in andere Stellen unterzubringen, während andere der Erwerbslosenfürsorge zur Last fielen. Wie weit der Terror der Arbeitgeber in der letzten Zeit geht, zeigt uns folgender Fall:

In dem Kreise Deutsch-Krone haben es die Arbeitgeber wohl fertig gebracht, die ihnen unliebamen Arbeiter zu entlassen, aber, was sie nicht fertig brachten, war, die Arbeiter aus ihren Dutzwohnungen zu entfernen. Um nun diese Wohnungen freizubekommen, entließ man den Arbeiter des Futters, das sie für ihre Kuh oder sonstiges Vieh benötigten. Die ganze Existenz dieser kleinen Leute hängt von dem Besitze des Viehes ab.

Der Regierungspräsident, der die schwierige Lage dieser Arbeiter anerkennt, gab Anfang April eine Verfügung heraus, nach der die Gemeinde- und Gutsverwalter angewiesen wurden, die Erhaltung des Viehes dieser Arbeiter Sorge zu tragen, indem den Betreffenden das Futter zu den gesetzlichen Höchstpreisen geliefert wird. Diese Verfügung wird von den Arbeitgebern nicht befolgt. Die Arbeitgeberorganisationen behaupteten, daß die Verfügung keine rechtliche Grundlage habe und der Erfolg war, daß die wenigen Gemeindevorsteher und Besitzer, die vorher den Arbeitern das Futter verkauft hatten, dieses nun auch verweigern. Die Arbeiter stehen vor der traurigen Tatsache, entweder ihr Vieh verhungern zu lassen, oder es zu verkaufen.

Wenn man heute in manchen Kreisen sich so sehr für die Anstellung von Landarbeitern oder kleinen Besitzern ins Zeug legt, so zeigt dieser Vorgang, in welcher mitleidigen Lage diese kleinen Leute unter Umständen kommen können. Hier wäre es Pflicht der Regierung, einzugreifen. Von Seiten des Vorstandes des Deutschen Landarbeitervereins sind die maßgebenden Ministerien und Instanzen angerufen worden. Hoffentlich wird hier durchgegriffen und Abhilfe geschaffen. Um aber die äußerste Not von diesen kleinen Besitzern abzuwenden, hat der Vorstand der dortigen Gewerkschaft Geldmittel zur Verfügung gestellt, um für die Gemahregelten soweit diese Mitglieder des Verbandes sind, Futtermittel aufzukaufen.

Für die Landarbeiter aber muß dieser Fall eine Lehre sein, daß sie noch mehr als bisher für den Ausbau ihrer Organisation Sorge tragen, um diesem Herrenmenschen in der Landwirtschaft wirksam und erfolgreich entgegenzutreten zu können.

## Die Beförderung von Heeresmaterial.

Halsamtlich meldet WTB.: Mit dem 22. Mai lief die zweite Frist ab, die der Deutschen Regierung von der Interalliierten Militärkontroll-Kommission zur Ausführung des Ultimatums gesetzt worden war. Die Kommission hat verlangt, daß in Zukunft jede Beförderung von Waffen und anderem Heeresmaterial einschließlich der durch die Ablieferung, Zerstörung oder Unbrauchbarmachung notwendig werdenden Beförderungen verboten sein soll, falls sie nicht von der Kommission vorher genehmigt worden ist. Die zu diesem Zwecke gegebenen Befehle sollten der Kommission vor dem 23. Mai mitgeteilt werden; sie sollten auch auf das Material Anwendung finden, das sich aus irgend einem Grunde im Besitze der Reichstreuhandgesellschaft befindet.

Das Reichswehrministerium hat einen dieser Forderungen entsprechenden Befehl am 19. Mai erlassen; die erforderlichen Anweisungen für das im Besitze der Reichstreuhandgesellschaft befindliche Material sind vom Reichsjustizministerium am 21. Mai getroffen worden. Beide Anordnungen sind am 21. Mai zur Kenntnis der Kontroll-Kommission gebracht worden.

## Beginn der Kriegsverbrecherprozesse.

Leipzig, den 23. Mai 1921. (W.D.) Die im An- und Auslande mit einer gewissen Spannung erwarteten Prozesse gegen die sogenannten deutschen Kriegsverbrecher haben heute vormittag vor dem Reichsgericht ihren Anfang genommen. Sie werden vor dem 2. Strafsenat unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Schmidt verhandelt.

Der Andrang zu dem ersten dieser Prozesse, der sich gegen den früheren Unteroffizier und jetzigen Küfermeister Karl Hennon aus Bormen richtet, ist naturgemäß groß. Ramentlich die Presse ist außerordentlich zahlreich vertreten — es sind etwa achtzig deutsche und ausländische Berichterstatter anwesend —, so daß der große Sitzungssaal ziemlich dicht besetzt ist. Für das Publikum hatte unter diesen Umständen nur eine beschränkte Zahl von Eintrittskarten ausgegeben werden können. Als Vertreter des Auswärtigen Amtes moht Legationsrat v. Tappeler, als Vertreter des Reichsjustizministeriums Geheimrat Werner der Verhandlung bei. Ferner sind eine Reihe Vertreter der englischen Regierung und Gerichtsbarkeit mit dem Solicitor General Sir Ernest Pollock an der Spitze erschienen.

Die Anklage wird vom Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer vertreten, während die Verteidigung des Angeklagten in den Händen der Rechtsanwälte Cappers-Düffeldorf, v. Förster-Groß-Nichterfelde und Dr. Dittenberger-Leipzig, liegt.

## Kapp-Putsch in Portugal.

Paris, 23. Mai. (WTB.) Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ meldet, es habe sich in Lissabon ein Staatsstreich vollzogen zu haben. Den Monarchisten sei es durch Ueberredung gelungen, alle Kabinettsmitglieder festzunehmen. Ein zweites Telegramm der „Daily Mail“ aus Vigo besagt, Reisende, die diese Nacht aus Oporto angekommen sind, erklärten, am Samstag sei mit Unterstützung militärischer Elemente unter dem Kommando von Machado do Santos ein Aufstand ausgebrochen. Der Premierminister Bernardino Machado und alle Minister seien verhaftet worden. Die Bewegung werde von den monarchistischen Elementen unterstützt.

Nach andere englische Blätter melden den Sturz des portugiesischen Kabinetts durch eine Militärrévolution.

Paris, 23. Mai. (WTB.) Havas berichtet aus Lissabon vom 22. Mai: Präsident Almeida habe seine Verhandlungen mit den Vertretern der verschiedenen Gruppen und mit den maßgebenden politischen Persönlichkeiten fort, um ein neues Ministerium zu bilden. Marinebefehlshaber bewachten die Ministerien. Die Anwesenheit eines Teiles der republikanischen Nationalgarde gegen das zurückgetretene Ministerium habe sich durch Kundgebungen gezeigt, die jedoch einen feierlichen Charakter behalten hätten. Man sprach von der Möglichkeit einer Auflösung des Parlamentes.

# Groß-Berlin

## Gerechtigkeit für Oberschlesien.

Dieser Ruf versammelte gestern viele Tausende im großen Saal der Philharmonie zu einer Kundgebung gegen die Gewalttätigkeiten der Korjantischen Banden. Oberschlesische Bergleute in ihrer Bergknappentracht verließen den Ordnungsdienst. Vertreter hatten entsandt: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa), der Deutsche Gewerkschaftsbund (Christliche Gewerkschaften), der Deutsche Gewerkschaftsring, der Deutsche Industrie- und Handelsrat, die Handelskammer zu Berlin, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband der deutschen Industrie, der Reichsverband der deutschen Presse, der Verein „Arbeiterpresse“, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, und der Zentralverband des deutschen Großhandels.

Als erster Redner sprach Reichstagspräsident Genosse Löbe. Er wies einleitend darauf hin, daß die Verammung nicht der Ort sei, an dem man über die Dinge zu sprechen habe, die sich aus der Annahme des Ultimatums ergeben. Die Entente habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die wenigen Paragraphen des Friedensvertrages, die für Deutschland günstig sind, auch entsprechend ausgelegt werden. Genosse Löbe erklärte, er habe ottentwählig festgestellt können, daß der polnische Zustand lange vor dem 1. Mai planmäßig vorbereitet worden sei.

Nachdem Ludwig Büllner einen Prolog „Oberschlesien deutsches Land“ vorgelesen hatte, ergriff der Präsident des Preussischen Landtages Genosse Leinert das Wort. Der Frieden von Versailles war unter dem Gesichtspunkt geschlossen worden, daß kein Volk unter einer Staatsgewalt zu leben brauche, die es nicht wünsche. Nun hat sich herausgestellt, daß der Friedensvertrag die Zertrümmerung des Rechts bedeute. Bei allen Gebietsabtretungen, die im Osten und Westen Deutschlands erfolgt sind, hat man nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gefragt. Dasselbe Schicksal war Oberschlesien zugebacht. Erst durch den Einspruch der deutschen Friedensdelegation hat man in die Abstimmung für Oberschlesien eingewilligt. Die Abstimmung hat gezeigt, daß Oberschlesien bei Deutschland bleiben will. Die Entente will jetzt

### polnisches Unrecht in Recht

verwandeln. Der ober-schlesischen Bevölkerung gebühre Dank für die Abstimmung und für das bewiesene Heldentum. Jetzt ist das Unrecht von Versailles vor aller Welt sichtbar geworden. Der Name Korjant wird für alle Zeit der Ausdruck blutigen Schreckens für die Menschheit sein. Frankreich will die Büge des Friedensvertrages wahrnehmen durch polnische Gewalttaten. Dem ober-schlesischen Volk soll das aufgezungen werden, was Wilson durch die Kriegserklärung abwehren wollte, nämlich die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Durch das Vorgehen Frankreichs und Polens bleibt ein Stachel nachsucht zurück. Frankreich versällt in denselben Fehler, den 1871 Deutschland gemacht hat.

Der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Grahmann hob hervor, daß die ober-schlesische Frage keine Parteifrage sei, sondern daß zur Abwehr des geschehenen Unrechtes alle anständigen Menschen zusammenhalten müssen. Der Präsident der Handelskammer zu Berlin Franz von Mendelssohn behandelte die ober-schlesische Frage vom wirtschaftlichen Standpunkt. Für den Gesamtverstand der Christlichen Gewerkschaften sprach wieder der Abgeordnete Baltrusch und Dr. Walter Rathenau erinnerte an das Unheil, das dadurch entstanden sei, daß Bethmann Hollweg am 4. August 1914 einen Staatsvertrag einen Schein-Papier genannt habe. Internationalen Verträge müssen heilig sein. Die erste Handlung des polnischen Staates ist aber gewesen, daß er den Vertrag verstoß, dem er seine Souveränität zu verdanken hat. Nachdem noch ein Führer der Metallarbeiter von Kattowitz, der aus der eingeschlossenen Stadt entflohen ist, in eindringlichen Worten um Hilfe gebeten hatte, wurde folgende

### Entschlieung

angenommen:  
„Die von Vertretern aller erwerbenden Schichten aus Industrie, Handel und Landwirtschaft, Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildete Versammlung erhebt nachdrücklichst dagegen Protest, daß die Selbstbestimmung des ober-schlesischen Volkes und die im Vertrage von Versailles uns feierlich verbrieften Rechte durch die Gewaltakte der Polen beseitigt werden sollen. Sie fordert von den alliierten Mächten, die den Schutz des Landes und seiner Bewohner und die Wahrung ihrer Rechte feierlich gelobt haben, daß sie den Gewalttaten ein sofortiges Ende bereiten und die Entschlieung über das Schicksal Oberschlesiens nach dem Ergebnis der Volksabstimmung durch keine ungeteilte Uebergabe an Deutschland herbeiführen. Den Freistaatsgedanken stellt das deutsche Volk als einen Bruch des Friedensvertrages mit Entschiedenheit zurück. Das deutsche Volk hat durch Annahme der Londoner Forderungen seine Bereitschaft zur Uebernahme fast unerträglich Lasten erklärt. Es kann unmöglich dulden, daß die Artikel des Vertrages, welche uns und unleren ober-schlesischen Landsleuten Rechte einräumen, durch willkürliche Gewaltakte gebrochen werden. Wir fordern Gerechtigkeit und Schutz für das gequälte ober-schlesische Volk!“

## Wüstlingstreiben in Berlin W.

### Der Flieger Jeannin verhaftet.

Empörende Vorgänge im Bayerschen Viertel kamen durch eine aufsehenerregende Verhaftung in der Badenschen Straße zu Schöneberg ans Tageslicht. Schon seit geraumer Zeit gingen Gerüchte um, daß dort in der Wohnung des bekannten Fliegers und Flugzeugfabrikanten Emil Jeannin sich Dinge zutrügen, die das Licht zu scheuen hätten. Man vernahm wiederholt heftige Ausbrüche und erfuhr, daß es sich um Auseinandersetzungen zwischen Eltern und Schülerinnen aus im Westen gelegenen Anzeen und dem Flieger handelte. Die Gerüchte wurden immer bestimmter und veranlaßten schließlich die Dienststelle B II, 4 der Kriminalpolizei zu Beobachtungen und zum Einschreiten.

Es ergab sich, daß Jeannin, ein Mann von 45 Jahren, der aus Mülheim im Elsch stammt, früher einer der ersten Berufsfieger war, dann Flugzeuge baute und zuletzt die Argowerte in Reinickendorf verwaltete, einen regen Verkehr mit zum Teil noch nicht 13 Jahre alten Mädchen unterhielt. Diese, meist Schülerinnen von Anzeen, besuchten ihn oft in seiner Wohnung in der Badenschen Straße, die er luxuriös ausgestattet hatte. Außer den ganz jungen Mädchen kamen auch ältere und Frauen. Eine Vermittlerin war die Tochter eines Großindustriellen, die er vor vier Jahren in seine Rege gelockt und auch an sich gefesselt hatte. Die Tochter des Industriellen machte sich in der Tauentzien- und anderen Straßen an die jungen Mädchen heran und führte sie dem Flieger zu. Jeannin und seine Helfershelferin wurden jetzt verhaftet. Er leugnet zwar, doch erscheint er vollständig überführt. Die Frau des Verhafteten ist schon vor längerer Zeit nach Mülhausen zurückgekehrt.

## Feuer in der Gasaustalt Wittschiner Straße.

Die Berliner Feuerwehr hatte am Sonntagfrüh um 3 Uhr in der Wittschiner Str. 48 einen großen Brand zu löschen. Dort brannte die städtische Gasaustalt. Das Feuer war in einem Schuppen am Landwehrkanal zwischen dem Kesselhaus und Wasserturm ausgekommen. Der Dachstuhl des Wasserturms und Teile des Dachstuhls vom Kessel- und Retortienhaus brannten bereits bei Eintreffen der Wehr. Der 11. und 1. Löschzug mußten mehrere Schlauchleitungen vornehmen und mit Motor-

sprehen kräftig länger Zeit tüschen, bevor es gelang, das gefährlichen Brandes Herr zu werden. Die Gefahr war besonders groß, da die Flammen jeden Augenblick nach anderen Gebäudeteilen übergreifen konnten. Es glückte aber, sie auf die genannten Gebäude zu beschränken. Die Entstehungsurache konnte noch nicht festgestellt werden.

Der 5. Löschzug hatte in der Köpenicker Straße 24a zu tun, wo Hobbesspinn unter großer Qualmentwicklung im Viktoriaspeicher der Allgemeinen Omnibusgesellschaft in Brand geraten waren. Unter Benützung einer mechanischen Leiter und eines Sauerstoffapparats konnte die Gefahr beseitigt werden. Nicht weit davon, Zeughofstr. 3, brannten ebenfalls Spinn, und zwar in einem Heizraum. Ferner wurden Brände aus der Reanderstr. 30 (Küche), Köpfliner Str. 3 (Keller), Rathenower Str. 26 u. a. Stellen gemeldet. Sechs Gasvergiftungen wurden gemeldet.

Unser langjähriger Parteigenosse, der Kupferschmied Max Tolleson war erstarb am 21. Mai an den Folgen einer Operation. Tolleson war einer von den vielen, denen nie eine Arbeit zuviel war, der in der Kleinarbeit seinen Mann stand. Betriebsrat bei der Firma Borfig in Tegel, hat er dort unter ganz schwierigen Verhältnissen immer das Banner der Partei hochgehalten und seine Pflicht als Kollege voll und ganz erfüllt.

Eine blutige Liebestragödie spielte sich gestern abend im Hause Elisabethstr. 61 ab. Die dort wohnende Schneiderin Gertrud Böhler geriet mit ihrem Bräutigam, dem in der Büchlingstr. 4 wohnhaften Arbeiter Leopold Buh, in einen heftigen Streit. Der auf dem Hofe des Grundstücks seine Fortsetzung fand. Böhlich zog Buh aus der Tasche ein Rasiermesser und verletzte seine Geliebte durch mehrere Schnitte am Hals und an der linken Schläfe erheblich. Die Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus geschafft. Der Täter flüchtete und konnte bisher nicht ergriffen werden.

Der Tod auf den Schienen. Als gestern abend gegen 10 1/2 Uhr ein Güterzug die Station Neu-Babelsberg eben passiert hatte, bemerkte der Lokomotivführer nahe der 45. Bahnhofsleiter einen Menschen, der quer über den Schienen lag. Er hielt den Zug sofort an und sah, daß es sich um die schrecklich verstümmelte Leiche eines Mannes handelte. Beamte der Station borgen die Leiche, bei der irgendwelche Papiere über die Persönlichkeit nicht gefunden wurden. Allem Anschein nach liegt ein Selbstmord vor.

Beim Baden ertrunken. Am Freibad „Reptunshain“ in der Nähe des Bootshauses zog man gestern die Leiche der 18-jährigen Oerta Marten, die bei ihren Eltern im Hause Wittschiner Str. 70 wohnte, aus dem Wasser. Das Kind war beim Baden am dritten Feiertag ertrunken. — Am Heilandfriedhof in Plönsensee wurde gestern die Leiche des 13-jährigen Kurt Felder aus der Schönwalder Straße aus dem See angefahren und geborgen.

Gegen die Schließung der Kinderstation Lichtenberg erhebt der Betriebsrat nochmaligen Einspruch, von dem er uns Kenntnis gibt. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat aus dieser Heilstätte, die sie wegen Geldmangel aufgeben zu müssen erklärt, von 75 dort untergebrachten Kindern schon 50 entlassen, und die übrigen 25 sollen ihnen am 26. Mai folgen. In dem Haus hat man bereits für einen Beamten der Landesversicherungsanstalt eine Wohnung hergerichtet. Das Personal ist zum Teil nach Beilig veretzt worden, den Ueberzähligen soll eine Abfindung gezahlt werden. Der Betriebsrat weist auf die Zehntausende unterernährter Kinder hin und fordert sofortige Wiedereinrichtung der Heilstätte. — Was hat eigentlich in dieser Angelegenheit der Berliner Rat gefrat getan? Die Stadtverordnetenversammlung ersuchte ign durch Beschluß vom 12. Mai, „unverzüglich bei den zuständigen Stellen der Reichs- und Staatsregierung mit größtem Nachdruck vorstellig zu werden“, um die Auflösung der Kinderstation und auch die beabsichtigte Einschränkung der Beiliger Heilstätten zu verhindern.

Städtische Kinderunterkunft an der Offsee. Das Jugendpflegeamt der Stadt Berlin unterhält wiederum in diesem Jahre Pensionen in Rewahl a. d. Offsee. Der Pensionpreis für die Zeit vom 5. Juli bis 13. August 1921 beträgt 520 M. einschließlich Aufschlüssen, Fahrgehd, Kur- und Badeplatz sowie des Unfallversicherungsbetrages. Ausgenommen werden 5- bis 15-jährige erholungsbedürftige Kinder. Anmeldung von Kindern durch die Eltern oder Schüler und Schülerinnen durch die Lehranstalten sowie von Kindergruppen durch Industrie- und Gewerbetreibendstellen nimmt das Jugendpflegeamt der Stadt Berlin entgegen: C. 2, Neue Friedrichstr. 80, Zimmer Nr. 63, Stadtjugendpfleger Schocher.

Weizenmehlsteuer. Auf Abschnitt 5 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallen 800 Gramm anweil. Weizenmehl zum Preise von 5,80 Mark (7,25 je Kilogramm). Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom 24. Mai bis einschließlich 5. Juni d. J., a) in den durch blaue Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen, b) in den durch gelbe Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen, soweit dort noch Restbestände lagern, c) in den Verkaufsstellen der Meierei C. Wolle, d) in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamtenwirtschaftsvereins nur für deren Mitglieder.

Im Bund religiöser Sozialisten spricht am Mittwoch, den 25. Mai, abends 7 1/2 Uhr in der Aula der Elisabethschule, Kochstraße 66, Genosse Karl Renz über „Die religiöse Bedeutung des Marxismus“. Eintritt 1 Mark. Gäste sehr willkommen.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

### Heute, Montag, den 23. Mai.

4. Ubl. Frauenabend. Der Vortrag von Dr. Wenl über Geschlechterverhältnisse findet nicht statt, sondern Steinwegstraße 70, Schwanaua Saal.

26. Mitteilung, Kewpelsch. 7 1/2 Uhr treffen sich die Kreisvertreter und der Vorstand zu einer Vordisprechung bei Schmalte, Friedrich-Wilhelmstr. 90 (nicht Kaiser-Wilhelmstraße).

### Morgen, Dienstag, den 24. Mai.

78. und 79. Ubl. Schöneberg. 7 1/2 Uhr Mittalieberoerammlung in der Aula der Gemeindekirche, Feuerstraße 57. Tagesordnung: 1. Genosse Reichsanwalt Dr. Halpern: Die Entente und wir. 2. Freie Aussprache. Mitglieder anderer Abteilungen und Gäste, insbesondere „Vorwärts“-Leser sind willkommen.

## Sport.

Rennen zu Berlin-Grünwald, Sonntag, 22. Mai. Der Jubiläumspreis-Lag hatte eine große Menschenmenge nach dem Grünwald gelockt. Der Stall Oppenheim zeigte sich in großer Form, denn es lehrten die drei Pferde „Der Rohr“, „Orkan“ und „Damenweg“ als Sieger heim. Ebenso konnte das Gestüt Weil zwei Siege fassen, und zwar „Hellscher“ und „Fäuderhauptmann“.

1. Rennen. 1. Orkan (Gallenbogen). 2. Colberg (Rardel). 3. Sonnenkrube (Krieger). Toto: 21:10, Pl.: 12, 12, 17:10. Ferner: Ligen: Dalkob, Vaulcherin, Arlamias, Scala, Wedrus. — 2. Rennen: 1. Damenweg (Zimmernann). 2. Dffian (D. Schmidt). 3. Kasselbinder (Blume). Toto: 12:10, Pl.: 10, 12, 12:10. Ferner: Ligen: Zerri, Kader, Westing, Adulant, Zell, Seaba. — 3. Rennen. 1. Hellscher (Zarras). 2. Rosenfeld (Staubinger). 3. Bagelone (D. Schmidt). Toto: 24:10, Pl.: 13, 15, 15:10. Ferner: Ligen: Kamulus, Belgrade, Landmann, Moush, Tambur (gef.), Belle, Dalkmond, Kottmunda, Anarsh II. — 4. Rennen. 1. Der Rohr (Zimmernann). 2. Perschauer (G. Janel). 3. Vollenberg (D. Müller). Toto: 13:10, Pl.: 12, 12:10. Ferner: Ligen: Zerri. — 5. Rennen. 1. Fäuderhauptmann (Zarras). 2. General (Staubinger). 3. Falter (D. Schmidt). Toto: 80:10, Pl.: 27, 22:10. Ferner: Ligen: Marckelied, Prings, Dumka, Drahma. — 6. Rennen. 1. Himmelbian (Kulper). 2. Rose Marie (Staubinger). 3. Erich (Dieckhoff). Toto: 35:10, Pl.: 16, 15:10. Ferner: Ligen: Vaa. — 7. Rennen. 1. Galant (Z. Teilmann). 2. Reulsh (Staubinger). 3. Granit (Grtstiedel). Toto: 81:10, Pl.: 30, 36, 77:10. Ferner: Ligen: Anding, Harus, Drogoman, Seehausen, Pfalterreiter, Palestro, Armenier, Dalaj Lama.

Der Berliner Rennverein will am 14. Juli auf der Grünwaldrennbahn einen Wochentagsrenntag für das Kriegerheim in Dacos veranstalten.



